



KERNFORDERUNGEN DER PAPIER- UND ZELLSTOFFINDUSTRIE 2025/2026

Politische Rede

des Präsidenten DIE PAPIERINDUSTRIE

Hans-Christoph Gallenkamp

zum

PAPER SUMMIT

6. November 2025

Berlin



**Sehr geehrte Frau Parlamentarische Staatssekretärin,
sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

schön, dass wir heute hier in Berlin auf dem diesjährigen Paper Summit zusammenkommen. Ich begrüße Sie auch im Namen meiner Präsidiumskollegen sehr herzlich.

Bei der Vorbereitung zu diesem Paper Summit habe ich mich gefragt, wie wir aktuell als Branche dastehen und wie die Rahmenbedingungen nach einem herausfordernden Jahr aussehen. Ich muss Ihnen sagen, das war ziemlich ernüchternd.

Unsere Branche hat trotz größter Anstrengungen der Unternehmen bei Umsatz und Produktionsmenge einen weiteren Rückgang verkraften müssen. In der Konsequenz wurden weitere Kapazitäten angepasst, Standorte geschlossen und leider damit auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen. Dieses Jahr sind Stand heute nur noch 129 Werke mit 218 Papiermaschinen in Betrieb. 2020 waren es noch 152 Werke mit 260 Papiermaschinen. Damit haben wir in den vergangenen fünf Jahren mehr als 15 Prozent der Werke und Papiermaschinen verloren. In den ersten drei Quartalen 2025 verzeichnen wir im Vergleich zum Vorjahr eine um 3,5 Prozent geringere Produktionsmenge und 4 Prozent weniger Umsatz.

Im europäischen Vergleich wird deutlich, wie schwer es unsere Industrie in Deutschland hat. Im ersten Halbjahr 2025 war die Gesamtproduktion von Papier und Pappe in Europa mit 39,6 Millionen Tonnen um 1,3 Prozent geringer



als im ersten Halbjahr 2024. Der Rückgang der Produktionsmenge in Deutschland im gleichen Zeitraum betrug 3,2 Prozent. Im europäischen Vergleich ist der Rückgang in Deutschland deutlich stärker.

Die deutsche Papier- und Zellstoffindustrie steht aufgrund der nachteiligen nationalen Standortfaktoren insgesamt schlechter da als die europäische Konkurrenz. Deswegen überrascht es mich nicht, dass sämtliche Mitglieder unseres Verbands in unserer aktuellen Umfrage die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als größte wirtschaftliche Herausforderung sehen.

Für die weitere Zukunft, und nicht nur die Zukunft unserer Branche, ist entscheidend, dass sich die Standortbedingungen in den Bereichen Energie, Bürokratie, Nachhaltigkeit und Unternehmensabgaben verbessern. Darüber hinaus braucht es eine Reform des Sozialstaats. Für Veränderungen dieser für uns so wichtigen Rahmenbedingungen bauen wir auf die Politik.

Im Bereich der Energiepreise ist die Koalition mit einigen wichtigen Entscheidungen gestartet, etwa mit der Abschaffung der Gasspeicherumlage und dem Zuschuss zu den Netzentgelten. Diese Maßnahmen stellen aber lediglich den Status von vor 2022 wieder her. Die Maßnahmen helfen etwas, wettbewerbsfähige Energiepreise erzeugen sie aber immer noch nicht. Denn die Preise sind auch mit diesen Maßnahmen nach wie vor zu hoch. Diese Erkenntnis hat sich auch in der Bevölkerung durchgesetzt, wie aus einer repräsentativen Umfrage hervorgeht, die wir kurz vor dem Paper Summit unter 2.000 Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland durchgeführt haben. Darin befürworten über 81 Prozent der Befragten, dass die energieintensiven Industrien durch wettbewerbsfähige Energiepreise im Land gefördert werden sollten. Und auch unsere Mitglieder haben bei unserer Verbandsumfrage



herausgestellt, dass die Energiekosten in Deutschland ein großer Standortnachteil sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt für konsequente Entlastungen wären Reduzierungen der Gasnetzentgelte und der Erhalt der freien Zertifikate-Zuteilung im Kontext des EU-ETS-Zertifikatemarkts. Zum nächsten Jahr soll die Zuteilung für die Papierindustrie nach Plänen der EU um über 30 Prozent reduziert werden. Eine neue Belastung von über 100 Millionen Euro pro Jahr.

Und auch die als „Industriestrompreis“ titulierte Entlastung, die das BMWF derzeit erarbeitet, wird an unserer Branche wohl vorbeigehen. Da eine Kumulierung mit der so wichtigen Strompreiskompensation ausgeschlossen ist, wird sich dieser „Industriestrompreis“ vorerst eher an mittelstromintensive Unternehmen richten.

Wir wissen unseren Sozialpartner IGBCE bei unseren wirtschaftspolitischen Forderungen an unserer Seite. Auch deswegen freut es mich sehr, Sie heute hier begrüßen zu dürfen, Herr Grioli. Ich freue mich auf den Austausch.

Dass die Energiepreise Priorität im Wirtschaftsministerium haben, steht außer Frage. Was es jetzt braucht, sind klare Schritte, die Verlässlichkeit zeigen und Planbarkeit herstellen. Hierbei geht es nicht um die nächsten zwei Jahre, sondern um die nächsten zehn bis 15 Jahre. Denn ob es zu dauerhaft niedrigeren Preisen für Strom und Gas kommen wird, bleibt auch nach Vorlage des 10-Punkte-Plans von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche unklar. Und wir als langfristig planende und investierende Industrie brauchen hier schnellstmöglich Klarheit und Verlässlichkeit.



Mit einer Aussage, die Frau Ministerin bei der Vorstellung ihrer Schlüsselmaßnahmen gemacht hat, liegt sie allerdings völlig richtig: „Die Energiewende steht an einem Scheideweg.“ Ich ergänze dazu: Nun muss nur noch die Richtung stimmen. Wir würden uns freuen, wenn Sie, liebe Frau Staatssekretärin, uns gleich einen kurzen Ausblick zu diesem Thema geben.

Eines steht fest: Unternehmen investieren nur dann langfristig, wenn sie sich auf stabile und faire Rahmenbedingungen verlassen können. Nur wenn wir als Unternehmer diese Sicherheit von der Politik haben, bleibt unsere industrielle Wertschöpfung stark und trägt weiterhin verlässlich zu unserem Steueraufkommen bei.

Dazu gehört auch, dass die Sozialbeiträge die 40-Prozent-Schwelle nicht überschreiten dürfen. Die Entgeltnebenkosten machen sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite einen so großen Teil der Löhne aus wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auf Arbeitgeberseite liegen wir bei diesen Kosten 30 Prozent über dem EU-Schnitt. Ein großer Standortnachteil. Auch aus Beschäftigtensicht ist das Thema wichtig. 63 Prozent der von uns Befragten sehen hohe Abgaben und Steuern als einen Hauptgrund für die schwache Wirtschaftslage. Wenn von einem durch Arbeit erzielten Entgelt immer weniger netto übrig bleibt, verspielt der Standort Deutschland den damit verbundenen Leistungsanreiz. Und Leistungsbereitschaft war und ist der Motor unserer Wirtschaft.

Aber auch andere Faktoren belasten unsere Zukunftsaussichten. Hier möchte ich insbesondere das Thema Bürokratie erwähnen. Soweit ich mich erinnern kann, ist bisher keine Regierung mit dem Vorhaben gestartet, mehr Bürokratie zu schaffen. Jede Regierung in den vergangenen Jahrzehnten hat sich vorgenommen, Bürokratie abzubauen. Ich muss leider feststellen: An der



Umsetzung dieses Vorhabens sind bisher alle gescheitert. Das Gegenteil ist die traurige Wahrheit.

Hier blicken wir nach wie vor optimistisch auf einige Prozesse in Brüssel. Die Omnibusse könnten, richtig umgesetzt, echte Entlastungen bringen und wir beteiligen uns konstruktiv an diesen Diskussionen. Aber hier nur nach Brüssel zu schauen, greift zu kurz. Auch in Deutschland sind wir leider sehr erfolgreich darin, Bürokratie aufzubauen, zumeist über EU-Bestimmungen hinaus. Ein echtes Bürokraatiemoratorium, wie oft von Ihnen, Herr Kellner, in der vergangenen Regierung gefordert, wäre ein sinnvoller Schritt, aber allein nicht ausreichend.

Was es braucht, ist ein echter Rückbau an Vorschriften, insbesondere bei Anträgen, Berichtspflichten und Genehmigungsverfahren. Hier werden in den Unternehmen Kapazitäten gebunden, die in der Folge bei notwendigen Investitionen und Innovationen fehlen. Auch in der Bevölkerung ist das Problem der überbordenden Bürokratie angekommen: 64 Prozent der Befragten in unserer Umfrage sehen Bürokratie als eine Hauptursache für die schwache Wirtschaftslage. Der ganz große Vorteil von Bürokratieentlastungen für die Regierung ist, dass sie den Staat NICHT EINEN CENT kosten. Es sind Entlastungen zum Nulltarif.

Wir müssen in Deutschland wieder dahin kommen, dass unsere Strukturen Unternehmen befähigen, auf ihren Märkten zu agieren, nicht, dass sie sie stattdessen lähmen.

Beim weiteren Blick nach vorn kommt man als mittelständisch geprägter Industrieverband an der kontrovers diskutierten Reform der Erbschaftssteuer nicht vorbei. Diese darf unter keinen Umständen zulasten der Unternehmenssubstanz gehen. Schließlich ist es für unsere häufig



familiengeführten Unternehmen entscheidend, dass für den Erbfall die Regelungen zum Betriebsvermögen erhalten bleiben, damit die Arbeitsplätze gesichert sind. Wir in der Papierindustrie denken nicht in Quartalen, sondern in Generationen. Die Regierung muss dazu schnellstmöglich Klarheit schaffen.

Es wird derzeit viel über den Herbst der Reformen gesprochen. Dieser sollte mit der Kabinettsklausur Anfang Oktober ausgelöst werden. Die dabei verabschiedete „Modernisierungsagenda“ mit mehr als 80 Einzelmaßnahmen wollen die Verfasser als bindenden, ressortübergreifenden Fahrplan mit klaren Fristen zur Umsetzung verstanden wissen. Ich appelliere an die Regierung, aus dem Diskurs in die Umsetzung zu kommen. Die Agenda ist ausgestaltet und definiert – jetzt kommt es darauf an, schnellstmöglich handfeste Ergebnisse zu schaffen. Nur dann entsteht Aufbruchstimmung.

Ein solch strikt einzuhaltender Fahrplan ist im dritten Jahr der Rezession in Folge auch dringend nötig. Denn für das laufende Jahr sagen die Wirtschaftsinstitute für Deutschland wieder nur ein Miniwachstum von 0,2 Prozent voraus. Und auch wenn die Wirtschaftsministerin für das kommende Jahr ein Wachstum von 1,3 Prozent rechnet, braucht es mehr und andauerndes Wachstum, um die vergangenen Jahre wieder aufzuholen.

Insbesondere wenn wir wissen, dass die 1,3 Prozent in erster Linie auf staatliche Investitionen, basierend auf Schulden, zurückzuführen sind. Der Markt für private Investitionen ist weiterhin von Unsicherheit über Wettbewerbsbedingungen und fehlender politischer Verlässlichkeit geprägt. Darüber hinaus fehlt das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Entwicklung in Deutschland. Damit fehlt die Inlandsnachfrage. Auch unseren Unternehmen geht zunehmend das Vertrauen verloren, wie eine Umfrage unter



37 Mitgliedsunternehmen zeigt, die ca. 60 Prozent des Umsatzes unserer Branche repräsentieren: Wurden 2024 noch über 288 Millionen Euro in den Substanzaufbau investiert, sind dieses Jahr nur 11 Millionen Euro vorgesehen. Ein klares Zeichen dafür, dass sich die Situation in unserer Industrie zuspitzt.

Es braucht weiterhin eine starke Bundesregierung, die mutige Entscheidungen trifft, stark in der Umsetzung ist und auch Kritik aushält. Der Vizekanzler hat das treffend formuliert, als er sagte, dass die Regierung Entscheidungen treffen wird, die wehtun werden.

Es gibt aber auch Themen, die mich hoffnungsvoll stimmen. Unsere Produkte werden gebraucht und erfahren Wertschätzung. Knapp 91 Prozent der Bevölkerung finden es gut, wenn Kunststoffverpackungen durch Papier- oder Kartonverpackungen ersetzt werden. Aus derselben Umfrage geht ebenfalls hervor, dass über 93 Prozent der Befragten Papier auch in Zukunft als wichtig erachten. Wenn es darum geht, welche Eigenschaften besonders mit Papier verbunden werden, dann ist Nachhaltigkeit mit knapp 57 Prozent die Top-Antwort. Ein toller Beleg für unseren eigenen Anspruch als nachhaltige Industrie, der unsere Bedeutung untermauert.

Die deutsche Papierindustrie versteht sich als positiver Akteur für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Unsere Unternehmen liefern verlässlich hochwertige Papiere und Pappen für ihre Partner. Niemand recycelt so viel Papier wie wir und unsere Einsatzquote von Altpapier steigt kontinuierlich auf zuletzt 84 Prozent. Unser Holz und der Zellstoff stammen aus nachhaltigen FSC-zertifizierten Quellen. Unser CO₂-Fußabdruck und der Wasserbedarf sinken konsequent und wir arbeiten ständig an der Optimierung unserer Prozesse.



Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in Zukunft nicht minder gefordert werden als in den vergangenen Jahren. Die Zeiten bleiben herausfordernd. Wir – das Präsidium, der Vorstand und das gesamte Team des Verbands DIE PAPIERINDUSTRIE – werden alles dafür tun, die Interessen unserer Papier- und Zellstoffindustrie in den Bundesländern, in Berlin und in Brüssel mit Nachdruck zu vertreten.

Ich bin aber auch davon überzeugt, dass alle Mitglieder der Branche willens und bereit sind, ihren Beitrag für eine erfolgreiche Transformation von Deutschland und Europa zu leisten. Darauf können wir gemeinsam bauen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich nun auf Ihre Keynote, liebe Frau Connemann!